

### Luft und Schiele vor dem Reichsrat.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats richtete der neue Reichskanzler Dr. Luther folgende Begrüßungsworte an den Reichsrat:

Ich benutze die erste Gelegenheit, um mich dem Reichsrat persönlich vorzustellen, nachdem ich vom Herrn Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt worden bin. Ich habe schon in zwei anderen Ämtern innerhalb der Reichsregierung die Ehre gehabt, mit dem Reichsrat zu arbeiten. Ich darf versichern, daß die Aufgaben in meiner vor dem Reichstag abgegebenen Erklärung über das Verhältnis der Reichsregierung zu den Männern von der Reichsregierung in vollem Umfange innegehalten werden sollen, daß sie also großes Gewicht darauf legt, mit den Männern in der Form, in der diese im Reichsrat vertreten sind, zusammenzuarbeiten und diese Zusammenarbeit so fruchtbringend wie nur möglich für das Reich zu gestalten. Ich glaube, daß der Reichsrat, der immer die Stütze sachlicher, schaffender Arbeit gewesen ist, sein Gewicht darauf legt, daß ich weitere allgemeine Bemerkungen mache, und ich glaube, daß es das Richtige ist, wenn die Reichsratsmitglieder solche anhebt. Ich gestatte mir, Ihnen den Reichsminister des Innern, Herrn Schiele vorzustellen, der in regelmäßiger Vertretung des Reichskanzlers den Vorsitz führen wird.

Auf diese Begrüßungsworte des Reichskanzlers dankte namens des Reichsrats der preussische Staatssekretär Weismann. Der Reichskanzler Dr. Luther verließ hierauf die Sitzung des Reichsrats, um sich in die Reichstagskammer zurückzugeben, nachdem er den Vorsitz dem neuen Minister des Innern Schiele übergeben hatte.

Minister des Innern Schiele führte u. a. folgendes aus: „Die Kräfte, die einst das Reich geschaffen haben, sollen im Eigenleben der Völker, so verstand ich den Vordränger, gestärkt und gesichert werden. Es ist dankbar zu begrüßen, daß eine Anregung seitens der bayerischen Regierung nach dieser Richtung hin ungefähr vor Jahresfrist gegeben worden ist und in dieser bayerischen Denkschrift ist besonders hervorgehoben, daß der Persönlichkeitscharakter eines Staates, und das ist ja einer der Kräfte, die das Reich geschaffen haben, möglichst gepflegt werden soll. Aus der Gestaltung der Persönlichkeiten heraus wird die Kraft für die Entwicklung eines Staates überhaupt geboren, und so hoffe ich, daß unsere Verhandlungen hier von diesem einheitlichen Gedanken getragen werden, der am letzten Ende der echte und vaterländische ist.“

Der Reichsrat erledigte darauf kleinere Vorlagen.

### Die Entscheidung in Preußen.

Die Kantik des Kabinetts Braun, die den Kampf um die Regierung in Preußen in die volle Öffentlichkeit des Landtagsparlamentarismus verlegt und dadurch vertritt, daß die Schicksalsfragen Preußens durch kannten ablehnen Ausschüsse in den Wandel und Fraktionskammern entschieden werden, hat die Klärung der Dinge herbeigeführt. Die Deutspartei hat in der politischen Aussprache, die letzten Tagen im Preussischen Landtag abgehalten waren Charakter als ausgesprochene la als eine bloße Filiale der Deutschnation n müssen. Sie hat damit alles verleugnet, n Preußen getan hat. Der Streit um der Verfassungspannographen ist dabei den Hintergrund getreten. Jetzt muß es n fähigsten in Preußen klar sein, daß es sich nen Machtkampf handelt, um einen Kampf, diejenigen Kreise, die früher Preußen veraben wie einen ostelbischen Gutshof, wieder die n sich zu reißen suchen. Dem deutschnationalen innenminister Schiele soll ein preussischer Kollege er gleichen Couleur an die Seite gestellt und die gesamte innere Verwaltung des Reiches und Preußens den reaktionären Hiesigen dienstbar gemacht werden. Ein linksgerichteter preussischer Innenminister wäre ein wirksames Gegengewicht gegen den reaktionären Kurs im Reich. Deshalb soll das Kabinett Braun fallen.

### Ermittlungsverfahren gegen Hösle.

Berlin, 22. Jan. Nachdem Postminister Dr. Hösle mehrfach verhört worden ist, wurde gegen ihn das Ermittlungsverfahren eröffnet. Wegen einer Haft ist Herr Hösle zunächst durch seine Immunität geschützt. Neben Dr. Hösle sind acht Oberbeamte des Reichspostministeriums in das Ermittlungsverfahren verwickelt worden. Gestern weilten Vertreter der Staatsanwaltschaft in mehreren Berliner Banken, um über die Herkunft des großen Vermögens Dr. Hösles Nachforschungen anzustellen.

### Barmatzs Juwelen beschlagnahmt.

Berlin, 22. Jan. Das Finanzamt hat gegen die Barmatzs Vermögenswerte einen Voranspruch geltend gemacht, da keine Steuerzahlung unter den Barmatzs Steueraktoren für die Einfuhr der kostbaren Juwelen in dem Barmatzschen Schloß vorzufinden waren. Diese Juwelen, deren Wert auf 12 Millionen Mark geschätzt wird, haben die Barmatzs in die Treuhändergesellschaft gegeben. Sie sind nunmehr vom Finanzamt beschlagnahmt worden.

Für Mittwoch kommenden Woche ist der Postsekreterien Richter und dessen Sekretär Sticker zur Vernehmung vor den Untersuchungsrichter vorgeladen worden. Postminister a. D. Hösle hat einen umfangreichen Entlastungsbeweis angeboten, der zur Zeit von der Staatsanwaltschaft nachgeprüft wird.

### Verständigung der Republik in Albanien.

Berlin, 22. Jan. Die Nationalversammlung in Albanien hat einstimmig die Republik verkündet, und beschlossen, diesen Tag als Nationaltag zu feiern.

### Politische Rundschau.

#### Das Disziplinarurteil gegen Zeigner.

Dresden, 22. Jan. In der heutigen Sitzung der Disziplinarkammer, in der die Frage zu entscheiden war, ob an den ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner die Pension von monatlich 1146 Mark weitergezahlt werden soll, wurde, trotzdem die Disziplinarkammer durchweg von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei aus der Zeigner-Mehrheit besetzt ist, dahin erkannt, daß Zeigner für die Dauer seiner Strafverbüßung irgendwelche Pension nicht gezahlt werden soll. Nach seiner Strafenlassung sollen ihm für die Dauer eines Jahres 30 Prozent seiner Pension noch gezahlt werden. Gegen diese Entscheidung steht Zeigner das Recht der Berufung zu.

Ein Wirtschaftsplän für das westfälische Kohlenabbaugebiet. Leipzig, 21. Jan. Am 27. Januar wird, wie die „Leipziger Abendpost“ mitteilt, die Kreisbauernschaft Leipzig Vertreter des Ministeriums, der Industrie und einer Anzahl Gemeinden zu einer Sitzung berufen, in der ein Wirtschaftsplän für das westfälische Kohlenabbaugebiet beraten werden soll. Es gilt einen Wirtschaftsplän aufzustellen, der die gute Ausnutzung der Kohlenflöze unter Wahrung der vielfachen Interessen der Bevölkerung des Gebietes ermöglicht. Die Kreisbauernschaft will die Angelegenheit so beschleunigen, daß die Fertigstellung des Planes vielleicht noch in diesem Jahre zu erwarten ist.

#### Kaufmann der Geschäftsaufsicht.

Die demokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag Meier-Berlin eingebracht: Die Regierung um die unüberzügliche Einbringung eines Gesetzesentwurfes zu ersuchen, durch den unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht das Zwangsvergleichsverfahren außerhalb des Konkurses geregelt wird. Dieser Antrag zeigt den Weg zur Abhilfe der Beschwerden der Wirtschaft über die Geschäftsaufsicht, die vielfach zu einer ungelungen Begünstigung der Schuldner auf Kosten der Gläubiger geführt hat und das Ansehen der deutschen Kaufmannschaft im Ausland beeinträchtigt.

#### Demokratische Mittelstandspolitik.

Hg. Varrichat, der jetzt ersatzweise dem Reichstag niedriger angehört, hat mit Unterstützung der demokratischen Fraktion neuerdings mehrere Anträge im Reichstag eingebracht, die den besonderen Beifall des Handwerks und des Kleinhandels finden werden, weil sie den wichtigsten Forderungen des erwirtschafteten Mittelstandes entgegenkommen und geeignet sind, eine große Reihe berechtigter Klagen dieses Mittelstandes gegenstandslos zu machen. In dem einen Antrage wird zur Durchführung der von der Verfassung ausgelassenen Fürsorge und Förderung des gewerblichen Mittelstandes verlangt: 1. Errichtung eines Staatssekretariats für das Handwerk im Reichswirtschaftsministerium; 2. Vorlegung eines Verbindungsgesetzes; 3. Schaffung einer Auftragsvermittlungsstelle im Wiederaufbauministerium mit dem Ziele einer besonderen Berücksichtigung des deutschen Handwerks bei Vergabe von Reparationsaufträgen; 4. Aufhebung der Verbordnungen über Preisbildung, Preisstreikverbot, Preisprüfungsstellen, über den Verkehr mit Fleisch, Vieh und über Notstandsversorgung. In einem zweiten Antrage wird zur Stärkung der Leistungsfähigkeit des Handwerks verbilligter und langfristiger Kredit an die Handwerkerorganisationen, sowie die Vorlage eines Gesetzesentwurfes verlangt, nach welchem die öffentlichen Betriebe hinsichtlich der öffentlichen Lasten den freien Gewerbebetrieben gleichgestellt werden. Ein weiterer Antrag fordert die Regierung auf, sich von den Spitzenvertretungen des Handwerks und Kleinhandels Sachverständige benennen zu lassen, die bei den Handelsvertragsverhandlungen zugezogen werden.

Zugunsten der Sekretäre hat der demokratische Abgeordnete Schuldt mit Unterstützung seiner Fraktion im Reichstag beantragt, die Regierung zu ersuchen, die Sekretäre (Assistenten a. D.), welche infolge der Kriegsverhältnisse erst nach dem 31. März 1920 zur planmäßigen Anstellung gelangten, zur Sonderprüfung für die Gruppe 7 zuzulassen.

#### Schülerelbstmorde und Republik.

Den Monarchisten müssen alle Dinge zum Besten dienen. Ein rechtsstehendes Blatt hat es sogar fertig gebracht, gelegentlich eines Schülerelbstmordes es so darzustellen, als ob dieser traurige Vorfall nur durch die republikanische Regierungsform erklärbar sei. Demgegenüber bringt der amtliche Preussische Pressebericht eine Uebersicht über die Schülerelbstmorde in den Jahren 1909—1921 (eine spätere Statistik existiert noch nicht), woraus sich ergibt, daß die Schülerelbstmorde bis etwa zum Kriege fast ununterbrochen zugenommen, von 1916 ab sich aber auffällig verringert und diese niedrige Zahl, etwa 45 gegen etwa 70 vor dem Kriege, auch unter der Republik beibehalten haben. Es ist tief beschämend, daß es überhaupt nötig ist, solche läppischen Behauptungen der Reichspresse zu widerlegen. Trotzdem aber ist es notwendig, den Anklagen gegen die Republik stets nachzugehen, mögen sie auch noch so dünn sein.

In Capablanca ein Deutscher zum Tode verurteilt. Paris, 22. Januar. „Petit Journal“ meldet aus Capablanca (Kanada), daß das dortige Kriegsgericht zwei Soldaten des vierten Bataillons, einer Deutschen und einen Polen, die im September 1924 den Hauptmeister ihres Regiments getötet, gebunden und darauf ausgeraubt hatten, zum Tode verurteilt hat. Weitere Angeklagte sind zu schwerem Kerker verurteilt worden.

#### Urkundenfälschung, Bestechung und Betrug.

Berlin, 21. Jan. Wie die „S. J. am Mittag“ erzählt, wird vor dem Großen Schöffengericht in Tempelhof in den nächsten Tagen ein Strafverfahren gegen den Generaldirektor der bekannten Automobilfirma Frey Trostle und eine Reihe von Privatpersonen und Beamte zur Verhandlung kommen. Es handelt sich dabei um Vorgänge, die sich bei der Bewertung der vom Reichsberwertungsausschusses abgeforderten Kraftwagen aus Herrensbeständen zugezogen haben. Ingesamt werden sich 18 Personen wegen Urkundenfälschung, Betruges, Aktiver und passiver Bestechung zu verantworten haben.

### Aus Stadt und Land.

Kau, 23. Januar 1925.

#### Arbeitsmarktbericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für Kau und Umgegend.

Die Arbeitsmarktlage in vorerwähntem Arbeitsnachweisesbezirk, der die Orte Kau, Auerhammer, Albersoda, Albernau, Jockau, Burchardisgrün, Dittersdorf, Orlesoda, Grina, Lindenu, Löhnik, Neustädtel, Niederschlema, Nieder- und Oberjallter, Oberpanschnitzel, Oberschlema, Schneberg, Streitwald und Scho.lau umfasst, ist im Hinblick auf die Jahreszeit als besonders zufriedenstellend zu bezeichnen. Lediglich die Außenberufe, und von diesen wieder Maurer und Bauhilfsarbeiter, sind die Berufsgruppen, welche momentan am stärksten von der Erwerbslosigkeit erfaßt werden. Außerdem läßt der Arbeitsmarkt für kaufmännisches Personal sehr zu wünschen übrig. — Der Bau einer Wasserkraftanlage am der Daternräume schafft einem Teil der Erwerbslosen lohnende Beschäftigung als Notstandsarbeiter. Dortselbst sind zurzeit 105 Mann, vorwiegend Bau- und Erdarbeiter, tätig. Der höchste Stand wurde im Laufe des vergangenen Sommers mit 280 Mann erreicht. Von den einzelnen im Bezirk vorherrschenden Berufsgruppen ist folgendes zu berichten:

Infolge der Jahreszeit ruht das Regielesgewerbe. In der Metallverarbeitungs- und Eisenindustrie sind Beschäftigungsmöglichkeiten nur für einige gelernte Spezialkräfte vorhanden. Für ungelernete Arbeitskräfte ist die Aufnahmefähigkeit sehr beschränkt. Lediglich jüngere weibliche Hilfskräfte bleiben gesucht.

Das Spinnstoffgewerbe ist durchweg gut beschäftigt. Die Stickerbranche, welche vorwiegend in Schneberg zuhause ist, läßt in ihren Arbeitsmöglichkeiten sehr zu wünschen übrig.

Das Holzgewerbe ist gut beschäftigt.

Ein günstiges Bild der Arbeitsmarktlage zeigt gleichfalls die Wälschindustrie. Aufnahmefähigkeit herrscht hauptsächlich für Stepperinnen, Plätterinnen und weiter auch für Schneidberinnen.

Für Maurer und Bauhilfsarbeiter sind die Arbeitsmöglichkeiten sehr beschränkt, für Zimmerer hingegen sind sie besser. Gleichfalls gut ist der Beschäftigungsgrad des Malerwesens.

Ungelernte Arbeitskräfte stehen dem Arbeitsnachweis in größerer Anzahl zur Verfügung, die Unterbringungsbedingungen sind sehr schwierig. — Der zur Zeit vorhandene Erwerbslosenstand zergliedert sich wie folgt: 2 landwirtschaftliche Arbeiter, 2 Steinarbeiter, 2 Regielesarbeiter, 4 Klempner, 1 Bergbauhilfsarbeiter, 1 Stamer, 1 Mechaniker, 1 Schleifer, 1 Maschinenschlosser, 1 Metallauschmelzer, 2 Schmittbauer, 1 Wälschhölzer, 1 Eisenarbeiter, 17 Sticker, 2 Modellisten, 1 Wälschhölzer, 2 Bäcker, 2 Wälschhölzer, 1 Schuhmacher, 48 Maurer, 1 Zimmerer, 4 Antreiber, 48 ungelernete Arbeiter, 1 Musterzeichner, 1 Hausdiener, 8 Arbeiterinnen, 37 Bauhilfsarbeiter, 1 Heiser, 22 Handlungsbekleideten, 1 Steinmetz, 7 Bankbeamte, 2 Maschinen-Techiker. Ingesamt sind zur Zeit 227 Arbeitsuchende vorhanden.

**Hauserende Kinder.** In der letzten Zeit ist zu wiederholten Malen beobachtet worden, daß Kinder hauserende gehen. Amteit handelt es sich um Kinder unterverantwortlicher Eltern, die sich auf diese Weise eine bequeme Nebeneinnahme verschaffen wollen. Nur in ganz seltenen Fällen ist tatsächliche Not die Triebfeder solchen Handelns. Was auch die Ursache des Hauserhandels von Kindern sein mag, in allen Fällen ist eine schwere moralische und sittliche Gefährdung der hauserenden Kinder gegeben. Diejenigen, welche von Kindern kaufen, machen sich an der Charakterverlotterung solcher Kinder mit-schuldig. Jede Hausfrau, bei der sich ein Kind anpricht, sollte es sich zur Aufgabe machen, die genauen Verhältnisse des Kindes festzustellen und den Jugendwohlfahrtsbehörden mitzuteilen, damit diese in geeigneter Weise eingreifen, unter Umständen aber auch einschreiten können. Es ist durchaus faires Mitleid, wenn man dem hauserenden Kinde etwas abkauft, da die Angehörigen der hauserenden Kinder mit den Tatsachen sehr oft in schärfstem Widerspruch stehen. Das Fürsorgewesen ist jetzt so ausgebaut, daß bei bedürftigen Familienverhältnissen unterstützend eingegriffen werden kann. Großer, oft unermesslicher Schaden an Kindesseele aber wird angerichtet, wenn durch Unterstützung des Kinderhauserhandels man glaubt, die Not zu lindern. Darum kauft nie von Kindern!

**Der 1. März als Totengebentag.** Wie amtlich mitgeteilt wird, soll der 1. März 1925 als Gebentag für die Opfer des Weltkrieges begangen werden. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen gebeten, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Ausführlichkeiten sollen an diesem Tage nach Möglichkeit unterbleiben. Ähnliche öffentlichen und mbätsicht auch privaten Gebäude sollen Hofmäst flanzen.

**Ausfall von Sportsonderzügen.** Ungünstiger Schneeverhältnisse halber fallen bis auf weiteres die vorgesehene Sportsonderzüge aus.

**Bewußtlos aufgefunden** wurde gestern abend in der sechsten Stunde in der Carolastraße ein unbekannter Mann. Ein Beamter der Landespolizei brachte den Mann mit Hilfe einer zweiten Person zur Polizeiwache, von wo die Ueberführung nach dem Krankenhaus erfolgte.

**Zur Anzeige gebracht** wurden in den letzten Tagen mehrere jugendliche Personen wegen Verübung ruhestörender Akts, ferner zwei auswärtige Klavierstimmer, die ohne Wanderbergeschein angetroffen wurden.

**Die Sparkweris.** Die Stunde der Sparkweris hat geschlagen. Die meisten Firmen verwenden sie nicht mehr und um Ueberfluß geht die Post sogar mit dem Gedanken um, ihren Gebrauch zu unterlagen. Wenig bekannt aber ist, daß man sie früher auch in normalen Zeiten der Sparfameit wegen oft verwandte. Die Briefe, die zwischen dem alten Kaiser Wilhelm und Bismard gewechselt wurden, gingen sehr häufig in gewendeten Umschlagen an ihre Adressaten ab. Na, es kam vor, daß ein Briefumschlag gar mehrere Male hin- und hergewendet wurde. Heute sind diese Umschlagen, die auf der einen Seite die Adresse Bismards von der Hand des alten Kaisers, auf der anderen die Adresse des Kaisers von Bismards Hand tragen, ein begehrter und seltener Sammler-artikel.

**Warnung vor einem neuen Schneebollenswindel.** Es ist bekannt geworden, daß nun auch eine holländische Firma Profekte in Deutschland verbreitet, nach denen loarr Autos, Motorräder, Kongerksflager nach dem loanennten Schneebollensystem zu erlangen seien. Wer für diese Genesstände kein Verhältniß hat, dem werden 2000 holländische Gulden in Aussicht gestellt. Abgesehen davon, daß eine Kontrolle über-